

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Artikel: Im Teufelskreis der Krise

Autor: Zimmermann, René

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Im Teufelskreis der Krise

Auch die Gemeinden sparen blind beim Personal und streichen das Soziale zusammen. Stadtberner Vorschläge, andere Prioritäten für weniger Ausgaben und mehr Einnahmen zu setzen – übertragbar auf andere Städte.

Unerfreuliches ist von der Finanzlage der Stadt Bern zu berichten. Trotz bereits eingeleiteter Sparmassnahmen weist das Budget 1993 einen Rekordfehlbetrag von 100 Mio. Franken auf. Verantwortlich für diesen schlechten Kasenstand sind – wie an den meisten

Im Sinne des Verursacherprinzipes sind mittelfristig die Tarife im Bereich des Umweltschutzes und des Energieverbrauches zu erhöhen.

Orten der Schweiz – in erster Linie die bürgerlichen Politiker und Politikerinnen. Sie stellen in Bern seit Jahren die Mehrheit im Parlament und in der Regierung. Darum ist es ihnen auch gelungen, noch vor vier Jahren trotz Warnrufen von SP und Gewerkschaften eine Steuersenkung durchzusetzen.

Da und dort wird der Ruf nach antizyklischem Verhalten laut. Aber der Grundsatz dazu lautet «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Im Zeitpunkt der leeren Kasse und bei einem Schuldenberg, der jährlich 80 Mio. Franken allein für die Verzinsung verschlingt, ist eine Einschränkung gewisser Ausgaben unerlässlich. In der Stadt Bern ist eine Steuererhöhung überfällig. Im Vorfeld der Gemeindewahlen vom 6. Dezember 1992 liess sich jedoch

die bürgerliche Mehrheit auf keinerlei diesbezügliche Diskussionen ein und hielt – entgegen aller Vernunft – an ihrer Sparwut fest. So soll der Personalbestand in der städtischen Verwaltung bis 1995 um über 10 Prozent auf den Stand von etwa 1980 gesenkt werden. Gleichzeitig sollen nächstes Jahr die Gebühren für Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser sowie die Tarife der Städtischen Verkehrsbetriebe um 10 Prozent erhöht werden!

Die Rot/Grün/Mitte-Minderheit, der auch die Gewerkschaften angehören, ist mit dieser im Stadtparlament betriebenen Abbaupolitik nicht einverstanden. Unsere Zielsetzung ist eine lebensfreundliche Wohn- und Arbeitsstadt in einem Klima der Toleranz, Dialogfähigkeit und Solidarität. Und dies mit einem möglichst ausgeglichenen Finanzhaushalt. Dazu sind kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite notwendig. Kurzfristig drängt sich auch für uns Gewerkschafter auf, den Personalbestand der städtischen Verwaltung gesamthaft nicht weiter zu erhöhen. Die Kaufkraftershaltung von Lohn und Renten ist ein wichtiges Element zur Erhaltung des sozialen Friedens. Ebenso ist es dringend nötig, die durch Massnahmen auf kantonaler Ebene (Steuergesetzrevision u. a.) verursachten Einnahmemausfälle durch Erhöhung der Steueranlage mindestens teilweise wieder zu kompensieren. Eine gänzliche Überwälzung auf die Steuern dürfte beim Volk keine Gnade finden.

Die durch übergeordnete Erlasse gebundenen Ausgaben der Stadt Bern belaufen sich auf rund 85 Prozent. Der Handlungsspielraum ist also gering. Bei allen Sparanstrengungen darf die heute sehr ungünstige Wirtschaftssituation nicht ausser acht gelassen werden. Vorgezogene Investitionen in nicht umweltbelastenden Bereichen und die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose können zu



Von René Zimmermann,
Sekretär SEV und
SP-Stadtrat in Bern.

geringerem Aufwand bei den Fürsorgeleistungen führen.

Im Sinne des Verursacherprinzipes sind mittelfristig die Tarife im Bereich des Umweltschutzes und des Energieverbrauches zu erhöhen. Auch der öffentliche Verkehr darf seine Leistungen nicht zu billig verkaufen. Hingegen soll auf die weitere Verlochung von Geldern in den heutigen Zivilschutz im Sinne einer Sparmassnahme verzichtet werden.

Längerfristig muss die Bundeshauptstadt daran drängen, dass die ihr auferlegten besonderen Zentrumslasten von Bund, Kanton und den Regionsgemeinden speziell abgegolten werden. Zur Abgelösung der Standortvorteile eines Arbeitsplatzes in der Stadt Bern ist zudem eine Arbeitsplatzabgabe zur Abgeltung der verursachten Infrastrukturkosten zu prüfen. Von der Privatisierung bestimmter gemeindeeigener Aufgaben ist Abstand zu nehmen. Die Leistungen werden nicht besser, nur weil man tiefere Löhne zahlen und weniger sozialen Schutz bieten kann! Im Gemeinwesen darf zudem der Einfluss der Öffentlichkeit nicht entzogen werden.

Von der Privatisierung bestimmter gemeindeeigener Aufgaben ist Abstand zu nehmen.

Für das Handeln der Gewerkschafter unter solch schwierigen Bedingungen gibt es keine Patentrezepte oder Lernprogramme. Aber der Einsatz zugunsten der sozial Schwächeren muss geleistet werden. Die Abbaupolitik der bürgerlichen Parteien verschärft die Krise, ist ungerecht und unsozial.